Ratsvorsitzende Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Ratsherr Revermann berichtet, dass das Thema „Bahnunfälle in Rieste“ in den letzten Jahren und aktuell vor wenigen Wochen gezeigt habe, dass ein Handlungsbedarf besteht. Die Gemeinde Rieste hat bereits im Jahr 2015 ein Konzept vorgelegt, dass dem Gemeinderat vorgestellt wurde. Es können möglicherweise 3 Bahnübergänge geschlossen werden, 5 Bahnübergänge sollen mit einer Schranke versehen werden. Für einen Bahnübergang ist eine Umlaufsperre geplant. Ziel soll es sein, alle Bahnübergänge in der Region zu sichern. Die Stadt Bramsche sollte auch mit ins Boot genommen werden. Die beabsichtigte Verabschiedung einer Resolution aller Fraktionen im Samtgemeinderat an die Deutsche Bahn trägt dazu bei, die Bemühungen der Gemeinde Rieste zu unterstreichen. Alle sind gewillt, dass eine gute und schnelle Lösung gefunden wird. Sie sollte jetzt eingeleitet werden, weil die Umsetzung eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt. Alle Akteure, wie die politischen Vertreter, die Stadt Bramsche, die Landwirte, die Anlieger und die Vertreter der Deutschen Bahn, sollten an einen Tisch gebracht werden. Es sollte versucht werden, anstelle eines möglichen Planfeststellungsverfahrens ein Plangenehmigungsverfahren einzuleiten, um Zeit einzusparen.

Ratsherr Hüdepohl teilt mit, dass die Gemeinde Rieste schon länger mit dem Thema beschäftigt ist. Es liegt seit 2015 bereits ein Gesamtkonzept vor. Der Bahnübergang „Johanniterstraße“ in Rieste ist dabei priorisiert worden. Der Bauausschuss der Gemeinde Rieste hat sich am Montag eingehend mit der Thematik befasst und ein Gesamtkonzept beschlossen. Die Gemeinde Rieste habe bis hierhin ihre Hausaufgaben erledigt. Mit der beabsichtigten Resolution an die Deutsche Bahn zur Beschleunigung der Umsetzung der Sicherungsmaßnahmen erklärt sich die Samtgemeinde Bersenbrück mit der Gemeinde Rieste solidarisch. Durch die unterstützende Maßnahme soll gegenüber der Deutschen Bahn mehr Druck ausgeübt werden. Anlässlich des Besuchs des parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Herrn Ferlemann, beim Niedersachsenpark wurde auch das Thema Bahnschranken in Rieste angesprochen. Herr Ferlemann hat zugesagt, die entsprechenden Stellen von den Gefahrenpunkten in Kenntnis zu setzen.

Ratsherr Uphoff weist darauf hin, dass der aus der Presse zu entnehmende Zeitrahmen bis 2021 in jedem Fall viel zu lang ist. Mit der Verabschiedung der Resolution will der Samtgemeinderat ein Zeichen setzen und die Gemeinde Rieste unterstützen, um mehr Druck auf die Deutsche Bahn auszuüben.

Ratsherr Waldhaus berichtet als Mitarbeiter der Deutschen Bahn AG, dass die Bahn dem Grunde nach kein Interesse hat, dass es überhaupt Bahnübergänge gibt, die dazu noch unterhalten werden müssen. Kein Bahnübergang zu haben, sei die beste Sicherung. Wenn einzelne Bahnübergänge geschlossen werden bzw. mit einer technischen Sicherung ausgerüstet werden sollen, wird nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz eine Vereinbarung zwischen den beteiligten Behörden, dem Bund, dem Land und der Gemeinde Rieste, geschlossen. Hier ist die Gemeinde Rieste jetzt in der Pflicht, diese Vereinbarung mit den Beteiligten zu verhandeln. Es gibt nach jahrelangen Verhandlungen und Gesprächen noch kein Ergebnis. Nach Auffassung von Ratsherrn Waldhaus haben die Deutsche Bahn

und das Eisenbahnverkehrsunternehmen NordWestBahn in der Vergangenheit zudem den Eindruck bekommen, dass die Gemeinde Rieste nicht zwingend an ein zügiges Verhandlungsergebnis interessiert sei. Zu der technischen Sicherungsanlage an dem Bahnübergang „Johanniterstraße“ führt er aus, dass die Planungen zur technischen Bahnübergangsicherung seitens der Deutschen Bahn bereits seit 2015 laufen. Aufgrund von Fachkräftemangel bei der Deutschen Bahn und der nach Auffassung von Ratsherrn Waldhaus notwendigen Aufstellung eines Planfeststellungsverfahrens hinsichtlich der Schließung weiterer Bahnübergänge in Rieste ist mit weiteren zeitlichen Verzögerungen für eine ganzheitliche Lösung zu rechnen.

Ratsherr Klütsch weist darauf hin, dass aufgrund der Unfälle an den Bahnübergängen in Rieste ein dringender Handlungsbedarf gegeben ist.

Danach beschließt der Rat der Samtgemeinde Bersenbrück mit 32 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung folgende Resolution von allen Fraktionen: